

# Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Abteilung für Finanzen, Personal,  
Wirtschaftsförderung und Koordination



## Es gilt das gesprochene Wort

53. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin am 22.04.2026

Antwort auf die mündliche Anfrage Nr. 2 des BV Peter

### Was bedeutet die Neuaufstellung des Förderprogramms „Demokratie leben“ für Tempelhof-Schöneberg

#### 1. Frage

**Welche zivilgesellschaftlichen Projekte in Tempelhof-Schöneberg werden aktuell durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“ gefördert?**

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ setzt der Bezirk gemeinsam mit Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg die Partnerschaft für Demokratie „Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg - Demokratie leben!“ um. Die Förderung der Partnerschaft für Demokratie erfolgt stets im Zeitraum eines Förderjahres.

Im März 2026 haben der Begleitausschusses der Partnerschaft für Demokratie „Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg - Demokratie leben!“ sowie das Kinder- und Jugendparlaments Tempelhof-Schöneberg auf der Grundlage der eingereichten Projektskizzen darüber entschieden, welche Projekte zur Stellung eines Antrags aufgefördert werden.

Entsprechend der Schwerpunktthemen der Partnerschaft für Demokratie „Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg - Demokratie leben!“ wurden insbesondere Projekte ausgewählt, die zu den Themenfeldern Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit tätig sind. Beispielhaft kann hierbei auf die folgenden Projekte verwiesen werden:

#### 1. Projekt „November Rainbow 2026“

Vor dem Hintergrund des Anstiegs queerfeindlicher Vorfälle in Berlin, die auch im Schöneberger Regenbogenkiez zu verzeichnen sind, hat sich in Schöneberg ein Bündnis gebildet, dass vor Ort ein deutliches Zeichen für die Akzeptanz queeren Lebens setzen will.

Das Projekt „November Rainbow 2026“ hat es sich zum Ziel gesetzt, queere Sichtbarkeit zu erhöhen und für das Problemfeld der Queerfeindlichkeit zu sensibilisieren. Im Rahmen des Projekts werden eine

öffentliche Kundgebung gegen Queerfeindlichkeit sowie eine Begegnungsveranstaltung, die Raum für Empowerment, Austausch und Vernetzung zur Verfügung stellt, organisiert.

## 2. Projekt „Eingreifen & Haltung zeigen“

In den vergangenen Jahren kam es in Lichtenrade wiederholt zu rassistischen Vorfällen, die von Pöbeleien bis hin zu tätlichen Übergriffen im öffentlichen Raum reichten.

Das Projekt „Eingreifen & Haltung zeigen“ will Menschen in Lichtenrade dabei bestärken, Haltung zu zeigen und sich gemeinsam für ein respektvolles Miteinander einzusetzen. Dabei erhalten die Teilnehmenden zunächst die Möglichkeit, verschiedene Initiativen der demokratischen Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen, kennenzulernen und in einen Austausch zu treten. Ein anschließender Ganztagsworkshop vermittelt Kenntnisse zu Handlungsmöglichkeiten zum Umgang mit rassistischen Vorfällen.

## 3. Projekt: „Spuren vor Ort - jüdisches Leben in Tempelhof-Schöneberg“

In diesem Projekt gestalten Grundschüler\_innen eine digitale, interaktive und dezentrale Ausstellung zu Gedenkort jüdischen Lebens in ihrem Stadtteil. Die Schüler\_innen werden sich über vier Tage intensiv mit jüdischem Leben, der Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus sowie mit der Erinnerung an den Holocaust auseinandersetzen.

Die teilnehmenden Schüler\_innen werden gemeinsam die Geschichte des jüdischen Lebens in ihrem Stadtteil erforschen. Die von ihnen erstellte Ausstellung wird abschließend der Schulöffentlichkeit präsentiert und steht der Schule anschließend für die weitere pädagogische Arbeit zur Verfügung.

## 2. Frage

### **Welche Wirkung entfalten die Projekte nach Ansicht des Bezirksamts für die Demokratieförderung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Tempelhof-Schöneberg?**

Die Projekte der Partnerschaft für Demokratie in Tempelhof-Schöneberg tragen in besonderem Maße zur Förderung der demokratischen Kultur und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Sie leisten einen direkten Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit, indem sie auf lokaler Ebene präventive Maßnahmen ergreifen und die zivilgesellschaftlichen Strukturen im Bezirk stärken. Durch Bildungsarbeit, Aufklärung und den Austausch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen wird nicht nur das demokratische Verständnis gestärkt, sondern auch das Bewusstsein für die Gefahren, die von demokratiefeindlichen Ideologien und Akteur\*innen ausgehen, geschärft. Diese Projekte sind entscheidend für die Förderung von Akzeptanz und Respekt in unserer vielfältigen Gesellschaft.

## 1. Nachfrage

### **Welche Auswirkungen haben nach Ansicht des Bezirksamts die neuen bürokratischen Auflagen sowie die bevorstehenden Umstrukturierungen des Förderprogramms durch das Bundesministerium für Familien und Jugend auf die oben genannten Projekte?**

Die neuen Vorgaben seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wirken sich auf die Partnerschaften für Demokratien und die von ihnen geförderten Projekte aus. Die in den Bescheiden für das Jahr 2026 enthaltenen Nebenbestimmungen, insbesondere die neuen Dokumentationspflichten, die komplexeren Antragsverfahren und die verschärften Kontrollauflagen, stellen eine erhebliche Herausforderung dar. Aus Sicht des Bezirksamts wird die Umsetzung von Projekten dadurch unnötig erschwert. Der zusätzliche bürokratische Aufwand könnte insbesondere kleinere, ehrenamtlich geführte Initiativen vor Schwierigkeiten stellen, da diese oft mit begrenzten Ressourcen arbeiten.

Die neuen Bestimmungen führen hierbei insbesondere auch für die federführenden Ämter der Partnerschaften für Demokratien zu einem erheblichen Mehraufwand. Die in den neuen Nebenbestimmungen aufgeführten Auflagen, die die Prüfung der von den Partnerschaften für Demokratien zur Förderung bestimmten Projekte durch das zuständige Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) vorschreiben, stellen aus Sicht des Bezirksamts nicht nur einen zusätzlichen bürokratischen Mehraufwand dar, sondern auch und vor allem eine Form des Misstrauens gegenüber den Partnerschaften für Demokratien und insbesondere gegenüber den Akteur\*innen der demokratischen Zivilgesellschaft, die im Rahmen der Partnerschaften für Demokratien Projekte zur Stärkung der demokratischen Kultur realisieren wollen. Dieses Misstrauen trägt aus Sicht des Bezirksamts nicht dazu bei, das demokratische Engagement zu stärken. Gleichzeitig beschneiden diese Vorgaben die bisherigen demokratischen Entscheidungsprozesse innerhalb der Partnerschaften für Demokratien, da demokratisch gefasste Beschlüsse der Begleitausschüsse und Jugendforen der Partnerschaften für Demokratien nunmehr im Nachhinein vom zuständigen Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) aufgehoben werden können.

Diese Überprüfung der geförderten Projekte seitens des BAFzA bezieht sich nicht nur auf die kommenden Projekte des Jahres 2026, sondern auch auf die bereits durchgeführten Projekte des Jahres 2025. Auch im Hinblick auf die Nachmeldung dieser Projekte ist ein großer Mehraufwand für die federführenden Ämter zu konstatieren.

## 2. Nachfrage

### **Wie bewertet das Bezirksamt die Auswirkungen der oben genannten Entscheidungen des Bundesministeriums für Familien und Jugend für die zivilgesellschaftliche Demokratietarbeit in Tempelhof-Schöneberg?**

Da die Prüfung der zur Förderung durch die Partnerschaft für Demokratie „Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg - Demokratie leben!“ für das Jahr 2026 zur Förderung vorgesehenen Projekte seitens des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) noch nicht abgeschlossen ist, kann das Bezirksamts gegenwärtig noch keine Einschätzung zu den **konkreten Auswirkungen** auf die zivilgesellschaftliche Demokratietarbeit in Tempelhof-Schöneberg treffen.

Vor dem Hintergrund der öffentlich geäußerten Ankündigung der Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezüglich kommender Einsparungen beim Bundesfamilienministerium, die

auch die Arbeit des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ betreffen können, besteht jedoch die Gefahr von Mittelkürzungen bei der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit. Sollten diese Kürzungen die Partnerschaften für Demokratien betreffen, so werden die Anträge für bezirkliche Demokratieprojekte nicht mehr im bisherigen Umfang bewilligt werden können. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit, die auch die Lebensrealität in Tempelhof-Schöneberg betreffen, würde die Kürzung von Mitteln für Demokratieprojekte einen dramatischen Schlag für jede Form des demokratischen Engagements bedeuten.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann